

Protokoll
der öffentlichen Sitzung (Nr. 11/23-27) des Beirates Neustadt
am Donnerstag, den 22.08.2024,
in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3,
von 19:03 bis 21:45 Uhr Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer (B90/DIE GRÜNEN)	Johannes Osterkamp (B90/DIE GRÜNEN) (bis 21:00 Uhr)	Martina Tallgauer-Bolte (B90/DIE GRÜNEN)
Christian Kok (DIE LINKE)	Azalea Rahman (SPD)	Marcus Tödtheide (CDU)
Janne Müller (B90/DIE GRÜNEN)	Britta Schmidt (FDP)	Renee Wagner (CDU) (ab 19:19 Uhr)
Colin Nolte (BD)	Udo Schmitz (SPD)	Marlin Meier (B90/DIE GRÜNEN)
Jens Oppermann (SPD)		

Fehlend: Lars Köke (DIE PARTEI), Gabriele Mahro (DIE LINKE) (e), Vibke Martens (SPD) (e), Anke Maurer (BSW) (e), Kai Stührenberg (DIE LINKE)

Referent:innen: A. Brase-Wentzell (stellv. Leitung Wohnungslosenhilfe), A. Peper (Revierleitung Polizeirevier Neustadt), A. Sartoris (Leitung Polizeikommissariat Süd) zu TOP 3; H. Krebs (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft; SUKW) zu TOP 4; M. Haacke (Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation; SWHT), J. Wiese (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung; SBMS) zu TOP 5

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Anna Schreiner (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Genehmigung des Protokolls vom 06.06.2024 (Nr. 10/23-27)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird ohne Änderungen genehmigt. (11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

TOP 3. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• **Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten**

- Anlässlich der Beschwerden der Anwohnenden rund um den Container, welcher für die Drogen- und Wohnungslosenszene aus der Neustadt am Hohentorspark aufgestellt worden ist und des Bürger:innenantrags der neu gegründeten Bürgerinitiative (BI) „Hohentor“, wurden die Vertreter:innen der Polizei und des Vereins für Innere Mission zur Beiratssitzung eingeladen, um zur aktuellen Situation Stellung zu nehmen.

Der Leiter des Polizeikommissariats Süd berichtet, dass die statistische Auswertung der Straftaten im Nahbereich des Containers am Hohentorspark keine Auffälligkeiten zeigen würde. Eine umfassende Analyse für den weiteren Umkreis rund um den Container liegt noch nicht vor. Als Reaktion auf die von Anwohnenden gemeldeten Schüsse, wurde eine Ermittlungsgruppe eingerichtet. Derzeit ist kein unmittelbarer Zusammenhang zu Nutzer:innen am Container und keine Gefahr für die Bevölkerung erkennbar. Aus Sicherheitsgründen und um den Umorientierungsprozess der Szene besser begleiten zu können, wurden von der Polizei regelmäßige Streifengänge mit Kontrollen zur Bekämpfung von Handel und Konsum von Betäubungsmitteln initiiert. Das Ordnungsamt ist in dem oben genannten Bereich ebenfalls aktiv.

Der Vertreter der Inneren Mission betont, dass um die Situation am Lucie-Flechtmann-Platz zu entschärfen, eine Umorientierung der Szene notwendig war. Erfahrungsgemäß funktioniert die Ansprache von Menschen mit Suchterkrankungen und Wohnungslosen besser, wenn diese an einem bestimmten Ort zu erreichen sind. Um die Betreuung der suchtkranken Menschen vor

Ort gewährleisten zu können, wurde eine zusätzliche halbe Stelle für Sozialarbeitende geschaffen. Damit sich der Standort zukünftig gut entwickeln kann, ist eine Zusammenarbeit mit anderen Ressorts ausschlaggebend.

Ein Beiratsmitglied möchte in Erfahrung bringen, ob das Ortsamt Runde Tische mit Anwohner:innen und Anlieger:innen bereits initiiert hätte, wie im Beschluss vom 07.12.2023 von Beirat gefordert wurde.

Der Ortsamtsleiter antwortet, dass in der Vergangenheit mehrere Runde Tische auch mit Anwohner:innen und Anlieger:innen stattgefunden haben, beteiligt waren hier jeweils der Beiratssprecher und die stellvertretende Beiratssprecherin als Vertreter:in des Beirates, wie im Koordinierungsausschuss (KoA) besprochen und in Protokollen des KoA dokumentiert. Gegebenenfalls fehlt es hier an Kommunikation innerhalb der Fraktion. Nächste Woche findet der Runde Tisch mit Beteiligten vom Lucie-Flechtmann-Platz letztmalig statt. Die neue Beschwerdelage zum Hohentorspark wird im Fachausschuss „Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheit, Inneres, Sicherheit“ am 29.08.2024 diskutiert. Der Runde Tisch soll auch in Zukunft ein Arbeitsgremium sein, dafür müssten allerdings noch Arbeitsstrukturen geschaffen werden.

Ein Vertreter der BI „Hohentor“ übergibt dem Ortsamtsleiter den Bürgerantrag und schildert die Situation vor Ort. Durch den offenen Drogenkonsum, Drogenhandel und die Beschaffungskriminalität würden sich die Anwohnenden nicht mehr sicher fühlen. Weitere Bürgerinnen berichten über Raubüberfälle im Bereich des Flüsseviertels und dass sie als Frauen sich nicht mehr trauen alleine rauszugehen.

Der Beiratssprecher betont, dass die Beiratsmitglieder die Sorgen der Anwohnenden sehr ernst nehmen und aus diesem Grund einen kontinuierlichen Austausch mit ihnen anstreben. Daher möchte der Beirat möglichst bald mit den Anwohnenden ins Gespräch gehen und zwar in der darauffolgenden Woche im Rahmen der Sitzung des Fachausschusses „Soziales, Bildung, Jugend, Kultur, Gesundheit, Inneres, Sicherheit“ am 29.08.2024 um 18:30 Uhr in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz.

- Der Vertreter der BI „Platanen am Deich“ richtet am 01.10.2024 eine Veranstaltung in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz aus und lädt dazu die anwesenden Bürger:innen ein.
- Eine Bürgerin beklagt die derzeitige Umsteigesituation für Busfahrende an der Übergangshaltestelle Am Brill. Der Ortsamtsleiter schlägt vor, sich dazu im zuständigen Ortsamt Mitte zu erkundigen.
- **Berichte der Beiratssprecher**
 - Der Beiratssprecher berichtet über die Teilnahme in der Sitzung des Petitionsausschusses zum Thema der Umbenennung der Langemarckstraße. Er betont, dass es für den Beirat wichtig sei, zunächst das Votum des Petitionsausschusses abzuwarten, um die Gesamtsituation bewerten zu können.
 - Des Weiteren war der Beiratssprecher zusammen mit der BI „Sichere Wege für Kinder in der Bremer Neustadt“ und der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) bei einem Ortstermin an der neuen Bedarfsampel über den Buntentorsteinweg an der Haltestelle „Am Dammacker“ anwesend. Die SBMS betonte, dass im Mobilitätsressort der Schulwegsicherheit eine hohe Priorität zugesprochen wird.
 - Bezüglich des Themas „Aufgesetztes Gehwegparken“ gibt es seitens des zuständigen Ressorts ein Vorgehen, nach dem die einzelnen Stadtteile und Quartiere in einer bestimmten Reihenfolge begutachtet werden. Im nächsten Schritt soll die Rettungswegesicherung in Findorff hergestellt werden und danach wird sich das Ressort mit der Neustadt befassen.
- **Berichte des Amtes ./.**

TOP 4. Vorstellung des Planungsstandes der Stadtstrecke

Der Vertreter von SUKW stellt den Sachstand der Entwurfsplanung des Projekts Stadtstrecke mit Hilfe einer [Präsentation](#) vor. Die geplante Deicherhöhung soll auf folgender Strecke erfolgen: beginnend an

der Eisenbahnbrücke (Stephaniebrücke) bis zur Straße Am Dammacker in Huckelriede. Die Strecke ist insgesamt 4 Bauabschnitte (BA) aufgeteilt. In der Sitzung werden die BA 1 bis 3 vorgestellt.

Der BA 1 erstreckt sich von der Eisenbahnbrücke (Stephaniebrücke) bis zur Bürgermeister-Smidt-Brücke. In diesem Abschnitt ist eine vier Meter breite Promenade mit Aufenthaltsqualität, d.h. mit einer Sitzstufenanlage (grünes Sofa) und einem Funktionsband mit Sitzmöbeln (zweistufiges Sitzen) sowie nachgepflanzten Bäumen, geplant. Von der Straße zur Promenade geführte Treppenanlagen werden mit Rinnen für Fahrräder und Kinderwagen ausgestattet. Entlang der Promenade soll ein selbstständig geführter Fahrradweg entstehen. Außerdem ist im BA 1 ein kleiner Deichschart geplant. Weitere Planungen dazu folgen.

Im BA 2, von der Bürgermeister-Smidt-Brücke bis zur Wilhelm-Kaisen-Brücke, wird die Promenade mit langen und flachen Rampen für Fahrräder und Rollstühle ausgestattet, welche Anschlüsse ans Quartier herstellen sollen. Die Promenade erhält Sitzmöbel und wird mit einer meist doppelten Baumreihe eingefasst. Mit einer zum Wasser geneigten Wand soll mehr Platz für Fußgänger:innen und Radfahrende geschaffen werden. Die entlang der Strecke geführte Verkehrsstraße wird vom Deichausbau nicht betroffen sein. Nach Durchführung der Maßnahmen wird es weiterhin eine Möglichkeit geben, die Bürgermeister-Smidt-Brücke zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu unterqueren, allerdings wird die Breite des Weges nicht verändert werden können.

Entlang des BA 3, von der Wilhelm-Kaisen-Brücke bis zur Piepe, wird auf der Promenade nur eine Baumreihe möglich sein. Solange die Finanzierung sowie die Realisierungsreihenfolge der Brücke „Kleiner Wessersprung“ noch nicht feststehen, muss der Deich ggf. so gebaut werden, dass der spätere Bau der Brücke nicht behindert wird.

Entlang der gesamten Bauabschnitte ist die Deichsicherheit während der verschiedenen Bauphasen jederzeit gesichert. Insgesamt werden in einzelnen Abschnitten ca. 180 Bäume nachgepflanzt. Dabei müssen unterirdische empfindliche Leitungen berücksichtigt werden. Gepflanzt werden überwiegend ältere Bäume, zwischen 5 und 8 Jahren alt, mit einem Stammdurchmesser von 35 bis 45 cm.

Der Rahmenterminplan sieht vor, dass nach einem erfolgreichen Planfeststellungsverfahren ca. Anfang 2028 mit der Maßnahme begonnen werden kann. Die gesamte Bauphase dauert ca. 7 Jahre.

Ein Beiratsmitglied bedankt sich für die Vorstellung und äußert ihr Bedauern, dass mit der Erhöhung des Deichs die Platanen weichen müssen. Sie verstehe allerdings auch, dass dies notwendig sei, um den Hochwasserschutz gewährleisten zu können. Sie erkundigt sich bezüglich der Anregungen vom ADFC und ob diese bei der Ausbauplanung Berücksichtigung gefunden haben. Sie möchte in Erfahrung bringen, warum der Radweg mit drei Metern Breite und der Fußweg mit vier Metern ausgestattet werden soll und ob der Fahrradverkehr ab der Brautstraße auf der Verkehrsstraße geführt werden könnte.

Der Vertreter von SUKW antwortet, dass die Promenade mit einem Schutzstreifen eine Mindestbreite von 5 Metern benötigt (Vorgabe Deichverteidigungsweg) und ein breiterer Radweg eine Baumreihe weniger bedeuten würde. Drei Meter für einen Fahrradweg erscheinen zunächst als wenig, befinden sich allerdings im Rahmen der Regelwerke. Den Fahrradverkehr (ab Brautstraße bis zum Krankenhaus) könne man grundsätzlich auf die Verkehrsstraße verlagern, dafür müsse diese allerdings eine bestimmte Breite aufweisen. Die Herstellung der benötigten Straßenbreite wäre nur zu erreichen, wenn der Parkstreifen entlang der Straße beseitigt werden würde.

Ein weiteres Beiratsmitglied erkundigt sich nach der Finanzierung des Vorhabens.

Der Vertreter von SUKW erläutert, dass sich die Finanzierung der Maßnahme zu 56% aus den Fördermitteln der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz (70% Bundesmittel und 30% Landesmittel) und zu 44% aus anderen Fördermitteln, die noch beantragt werden müssten, zusammensetzt. Diese Fördermittel sind in der Regel an bestimmte Fristen gebunden und müssen daher je nach Planungs- bzw. Ausführungsstand des Vorhabens zu gegebener Zeit beantragt werden.

Ein Beiratsmitglied erkundigt sich zu den Vorschlägen vom ADFC und zur Querung von großen Straßen bzw. Brücken entlang der Strecke.

Der Vertreter von SUKW erklärt, dass auf der Höhe der Häschen Straße eine Treppe mit Rinnen geplant sei. Eine Rampe ist grundsätzlich als Ingenieurbauwerk zu betrachten, welches entsprechend teuer wäre. Außerdem würde die Errichtung einer Rampe an der oben genannten Stelle in den fließenden Verkehr der Premiumroute eingreifen und zu Lasten der Bäume gehen. Die Querung der Straßen bzw.

Brücken entlang der Deichstrecke ist wie folgt geplant: 1) die Stephanibrücke soll eine Unterquerung erhalten; 2) die Bürgermeister-Smidt-Straße soll weiterhin mit einer Ampel ausgestattet werden; 3) die Wilhelm-Kaisen-Brücke ist wegen Brückensanierung in der Zuständigkeit von SBMS. Hierzu müssten in Verlauf der Ausbauplanung weitere Abstimmungen erfolgen.

Eine Bürgerin erkundigt sich nach einer Möglichkeit für die spätere Erhöhung des Deiches. Sie beklagt die aus ihrer Sicht unnötige Versiegelung des Deichkörpers und die damit möglicherweise einhergehende Aufheizung der Flächen. Des Weiteren möchte sie in Erfahrung bringen, ob im Bereich der Promenaden eine zusätzliche Beschattung sowie Toiletten geplant seien.

Der Vertreter von SUKW antwortet, dass für eine spätere erneute Erhöhung des Deichkörpers ein Vorsorgemaß von einem Meter in die Planung eingeflossen sei. Der Generalplan Küstenschutz wird derzeit überarbeitet. Eine Identifikation von neuen Handlungsbedarfen würde entsprechend zu weiteren Maßnahmen führen. Eine Errichtung von Toilette(n) im Bereich der Promenade(n) würde in der Zuständigkeit der Bremischen Stadtreinigung liegen und wäre nicht Bestandteil der Planung. Da die Strecke auf der Nordseite liegen und über einen hellen Asphaltbelag verfügen würde, rechne man nicht mit Aufheizungseffekten, andernfalls wären ggf. temporäre Maßnahmen der Beschattung denkbar.

Der Beiratssprecher bedankt sich bei dem Referenten für die Vorstellung der Entwurfsplanung, für das Aufrechterhalten des Dialogs mit dem Beirat und der Bevölkerung und freut sich auf die zukünftige Zusammenarbeit.

TOP 5. Nahversorgungskonzept für die Neustadt

Die Vertreterin von SBMS und der Vertreter von SWHT stellen das kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept (ZNK 2020), welches die Grundlage für die räumliche Steuerung der Einzelhandelsentwicklung bildet und als Rahmensetzung für die Bauleitplanung gilt, sowie das Nahversorgungskonzept für die Neustadt anhand einer [Präsentation](#) vor.

In einer Bestandserhebung von 2022 wurden in der Neustadt 272 Betriebe mit einer Gesamtverkaufsfläche von 65.449m² erfasst, was ca. 9% aller Betriebe in Bremen ausmachen. Im Vergleich zur einer Erhebung, die 2017 stattgefunden hat, wurde darüber hinaus eine Zunahme der Gesamtverkaufsfläche (bei gleichzeitiger Abnahme der Betriebszahlen) festgestellt, was in der Gesamtbetrachtung als positiv zu bewerten ist.

Insgesamt verfügt die Neustadt über 3 zentrale Versorgungsbereiche (Stadtteilzentrum Neustadt, Nahversorgungszentrum Buntentorsteinweg und Nahversorgungszentrum Wester-/Osterstraße) und einen Sonderstandort (Duckwitzstraße). Im Jahr 2023 wurde außerdem in der Gartenstadt Werdersee (Ortsteil Huckelriede) mit dem Nahversorger Edeka koopje eine Versorgungslücke geschlossen.

Der Standortbereich an der Gottfried-Menken-Straße soll als Nahversorgungszentrum erhalten bleiben. Die alte Immobilie soll zunächst abgerissen werden und im Neubau ist ein größerer Nahversorger geplant. Nach der Etablierung des Bereichs als Nahversorgungsstandort erhoffen sich die Behördenvertreter:innen eine langfristige Weiterentwicklung durch einen Wochenmarkt. Die beiden Referent:innen betonen, dass bei der Realisierung von einem Nahversorgungskonzept Investoren eine große Rolle spielen. Diese müssen wiederum die Wirtschaftlichkeit der Standorte im Auge haben. Mit dem Nahversorgungskonzept schafft die Hansestadt Bremen Rahmenbedingungen und hat eine vermittelnde Funktion, kann aber nicht selbst Supermärkte eröffnen oder Investoren vorschreiben, wo diese ihre Geschäfte zu eröffnen haben.

Der Beschluss des Beirates Neustadt vom 06.06.2024, in dem sich der Beirat für die Erteilung einer Genehmigung für den Betrieb eines kleinen Nahversorgers auf dem „Spurwerk“-Gelände ausspricht, wurde von den beiden senatorischen Stellen zur Kenntnis genommen. Grundlage für die Erteilung einer solchen Genehmigung ist der in dem Gebiet geltende Bebauungsplan. Bei dem vorgenannten Standort handelt es sich um eine nicht integrierte Lage, in der keine Wohnbebauung vorgesehen ist. Der Bebauungsplan enthält eine deutliche Regelung, dass dort keine Einzelhandelsbetriebe zugelassen sind. Ein kleiner Kiosk, ein kleiner Markt oder ein Bäcker wären allerdings zulässig.

Ein Beiratsmitglied betont, dass auf dem „Spurwerk“-Gelände kein großer Supermarkt eröffnet werden sollte. Der Beirat möchte für die Mitarbeitenden vor Ort eine Möglichkeit schaffen, dort in einem kleinen Umfang einkaufen können. Es sollte bei der Vergabe einer Genehmigung die größtmögliche Anzahl an

Quadratmetern, die durch die Regelung im Bebauungsplan festgeschrieben sind, Berücksichtigung finden.

Zwei weitere Beiratsmitglieder betonen, dass Huckelriede weiterhin unterversorgt sei und Entwicklungspotenzial für zusätzlichen Einzelhandel und für einen Markt hätte. Ein anderes Beiratsmitglied erkundigt sich nach möglichen Einzelhandelsbetrieben in der Airportstadt.

Der Vertreter von SWHT betont, dass ein Markt in Huckelriede wünschenswert wäre. In der Volkmannstraße oder in der Nähe des Nahversorgers LIDL wäre allerdings nicht ausreichend Platz, um sich dort wirtschaftlich niederlassen zu können. In der Airportstadt arbeite die Wirtschaftsbehörde an Plänen, wie man dort einen Kiosk oder einen kleinen Markt platzieren könne.

Der Sitzungsleiter schließt den Tagesordnungspunkt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der noch offenen und zu beschließenden Tagesordnungspunkte und bittet die anwesenden Bürger:innen um Verständnis.

TOP 6. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

TOP 7. Beschlussfassung zu: Begrünung der Delmestraße

Beschluss: Der Beirat stimmt ausdrücklich einer Entsiegelung und Begrünung der Delmestraße zu. Der Beirat begrüßt die Vergrößerung und weitere Entsiegelung zugunsten der Baumscheiben sowie die Herstellung neuer Baumstandorte und die entsprechenden Baumpflanzungen.

Begründung: Die Delmestraße ist eine viel genutzte Verkehrsader und beliebte Wohnstraße in der Neustadt. Leider stehen inzwischen viele der ursprünglichen Bäume in der Delmestraße nicht mehr. Sowohl Bürger:innen als auch der Beirat haben wiederholt den Wunsch einer erneuten und durchgehenden Begrünung der Straße zum Ausdruck gebracht.

Daher unterstützt der Beirat das Vorhaben der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, die Delmestraße im Rahmen des Bundesprogrammes „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung in einen grünen Straßenzug umzugestalten. Hierdurch wird die Luft- und die Lebensqualität vor Ort erhöht, die Nutzung der Straße für Fußgänger:innen und Radfahrende insgesamt, aber auch gerade an sehr warmen Tagen wesentlich angenehmer und es wird den dringenden Wünschen der Bürger:innen und des Beirats nach einer Neugestaltung entsprochen. (einstimmig)

TOP 8. Beschlussfassung zu: Baumpflanzungen in der Neustadt

Beschluss: Der Beirat Neustadt beantragt, die zwei bei dem Brand des Unterstandes auf dem Lucie Flechtmann-Platz im November 2023 zerstörten Amberbäume zu ersetzen und stellt dafür einschließlich Fertigstellung, Entwicklungspflege und Bewässerung für 5 Jahre je 6000,- € aus dem Stadtteilbudget zur Verfügung.

Weiterhin beantragt der Beirat Neustadt die Pflanzung eines Straßenbaumes auf der Kreuzung Thedinghauser Straße/Meyerstraße und stellt die dafür benötigten Mittel aus dem Stadtteilbudget zur Verfügung. (11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 9. Beschlussfassung zu: Erdwärme-Initiativen unterstützen

Beschluss: Der Beirat Neustadt begrüßt das von der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft beabsichtigte „Programm zur Förderung von vorbereitenden Untersuchungen für Pilotprojekte zur Realisierung von Anergienetzen“, um zivilgesellschaftliche Initiativen bei der Durchführung von vorbereitenden Untersuchungen für Pilotprojekte zu unterstützen. Dabei ist die gesamte Neustadt in dieses Förderprogramm aufzunehmen.

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft wird durch den Beirat Neustadt zudem aufgefordert, quartiersbezogene Konzepte mit dem Ziel der Gründung von Genossenschaften zur Errichtung von sogenannten „Anergie – bzw. kalten Nahwärmenetzen“ in der Planungsphase über die geplante finanzielle Förderung von Machbarkeitsstudien hinaus auch bei den Kosten für die Gründung und Pla-

nung des dafür notwendigen genossenschaftlichen Rahmens für die Neustadt zu unterstützen. Gleiches gilt auch für Nachbarschaftsinitiativen in der Neustadt, die nicht im engeren Sinne „kalte Nahwärmenetze“ betreiben wollen.

Begründung: Immer mehr Menschen in unserem sowie in anderen Stadtteilen beschäftigen sich mit der Frage und der berechtigten Sorge bezüglich der zukünftigen Wärmeversorgung ihrer Wohnungen oder Gebäuden sowie im privaten als auch im gewerblichen Bereich.

Die im Koalitionsvertrag hinterlegte kommunale Wärmeplanung für Bremen soll im Jahr 2025 abgeschlossen sein. Bereits jetzt ist deutlich absehbar, dass der Ausbau der Fernwärme durch die SWB sehr viele Quartiere in Bremen nicht erreichen wird und diese somit ohne Möglichkeit eines Anschlusses an Fernwärme verbleiben. Nach den in den Beiratssitzungen vom 02.05.2024 und 04.04.2024 dargelegten Planungen der SWB werden in der vorderen Neustadt lediglich bis zu 40 % des Gesamtwärmebedarfs gedeckt werden können. Zur Erreichung der Klimaziele des Landes Bremen besteht hier weiterer dringender Handlungsbedarf.

Hier braucht es dringend Alternativen. Diese Alternativen sollen einen Beitrag zur ebenfalls im Koalitionsvertrag angestrebten Klimaneutralität Bremens im Jahr 2038 leisten, vor allem aber müssen sie für die Menschen bezahlbar sein und eine klar definierte Planungsperspektive bieten.

Gleichzeitig leisten in Bremen aktuell immer mehr privat organisierte, nachbarschaftliche Initiativen auf diesem Gebiet bereits Pionierarbeit mit dem Ziel, gemeinsam auf öffentlichem Grund sogenannte „kalte Nahwärmenetze“ für die Quartiere zu errichten. Somit werden hier auf privater Basis kommunale bzw. staatliche Pflichten im Bereich der Daseinsvorsorge übernommen. (11 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)

TOP 10. Beschlussfassung zu Globalmittelnanträgen

- a) **Antrag: Stadt-Land Ökologie e.V. für das Sommerprogramm am Strand-international in der Gartenstadt Süd vom 06.06.24, Antragssumme: 3.926,53 €, (Nr. 28/2024)**

Beschluss: Der Beirat Neustadt bewilligt 3.926,53 € für das Sommerprogramm am Strand-international in der Gartenstadt Süd aus Globalmitteln. (10 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

- b) **Antrag: Kindergruppe Schmetterlinge e.V., Sanierung Bodenbelag Küche und Schlaf-/Spielbereich vom 24.06.24, Antragssumme: 4.553,64 € (Nr. 30/2024)**

Die Beiratsmitglieder einigen sich darauf, die abschließende Befassung des Globalmittelnantrages auf die nächste Sitzung des Beirates Neustadt am 26.09.2024 zu vertagen und stimmen mit 10 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen für die Vertagung ab.

TOP 11. Verschiedenes ./.

Ein Beiratsmitglied äußert ihr Unverständnis darüber, dass den Bürger:innen in der Fragerunde zu TOP 5 nicht erlaubt wurde, ihre Fragen zu stellen.

Der Ortsamtsleiter entgegnet, dass er sich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit in der Pflicht sah, in der Tagesordnung fortzufahren.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Anna Schreiner
Protokollführung